

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| 61. Wasserleitungsfonds – neue Richtlinien für die Gewährung von Darlehen                     | 65. Abgabenertragsanteile der Gemeinden<br>Dezember 2012            |
| 62. Gemeinde-Haushaltsverordnung 2012   | 66. Abgabenertragsanteile der Gemeinden<br>Jänner bis Dezember 2012 |
| 63. Verlängerung der Schwellenwertverordnung 2012   |   |
| 64. Bezüge der Bürgermeister, Bürgermeister-Stellvertreter und Gemeinderäte ab 1. Jänner 2013 | Verbraucherpreisindex für Oktober 2012<br>(vorläufiges Ergebnis)    |

### Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister!

### Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

*Die letzten Wochen im Dezember sind für die meisten von uns ein Anlass, das bald schon vergangene Jahr Revue passieren zu lassen und einen Blick in die Zukunft zu wagen.*

*Für mich persönlich gestaltete sich das Jahr 2012 ereignisreich, führte es mich doch im März vom Bürgermeistersessel der Stadtgemeinde Hall in die Landesregierung. Ein ebrenvoller Ruf, zugleich aber auch ein Auftrag mit hoher Verantwortung!*

*Wenn wir nun am Jahresende auf die vergangenen Monate zurückblicken, können wir eine durchaus positive Bilanz ziehen. Das Land Tirol und die Gemeinden haben engagiert gearbeitet und gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger viel erreicht. Die Arbeit in Zeiten knapper Budgets ist in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung, insgesamt konnten jedoch wichtige Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden. Auch der aktuelle Bericht über die Finanzlage der Gemeinden zeigt mit einem gesunkenen Schuldenstand und höheren Ertragsanteilen einige positive Tendenzen.*

*Mit einem klaren Bekenntnis zu Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie wachsender Bereitschaft, über die Gemeindegrenzen hinaus zu kooperieren und mit vereinten Kräften für die Bevölkerung zu arbeiten, sind unsere Gemeinden auf einem guten Weg und Gemeindefusionen nach wie vor kein Thema! Im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben wird sich das Land Tirol auch weiterhin als verlässlicher Partner der Gemeinden erweisen.*

*Mit den besten Wünschen für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage und für ein erfolgreiches Jahr 2013 verbleibe ich*

Euer  
Landesrat Johannes Tratter

*Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
der Abteilung Gemeindeangelegenheiten  
wünschen allen Gemeindebediensteten,  
den Gemeindefunktionärinnen und Gemeindefunktionären  
sowie allen Leserinnen und Lesern  
ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr!*

# 61.

## Wasserleitungsfonds – neue Richtlinien für die Gewährung von Darlehen

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 11. Dezember 2012 die Richtlinien über die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds beschlossen. Diese treten mit 1. Jänner 2013 in Kraft.

Die Änderungen betreffen vor allem den Zinssatz, welcher von derzeit 2 v.H. auf 1 v.H. jährlich herabgesetzt wurde, wobei der geänderte Zinssatz auch auf laufende Verträge Anwendung findet. Weiters wurde die mögliche Darlehenshöhe von 50 v.H. auf 75 v.H. der jährlichen Baukosten, höchstens jedoch 75.000,- Euro angehoben. Voraussetzung für die Darlehensgewährung ist, dass die laufenden Kanal- und Wasserbenutzungsgebühren zumindest in Höhe der festgelegten und jährlich valorisierten Mindestgebühren eingehoben werden.

Im Folgenden die Richtlinien im Wortlaut:

### „Richtlinien der Landesregierung vom 11. Dezember 2012 für die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds

#### § 1

#### Wasserleitungsfonds

(1) Der Wasserleitungsfonds ist Teil des Sondervermögens des mit Gesetz über die Bildung eines Gemeindeausgleichsfonds, LGBL. Nr. 1/1952, eingerichteten Gemeindeausgleichsfonds.

(2) Das Sondervermögen des Wasserleitungsfonds ist ausschließlich für die Förderung von kommunalen Wasserleitungs- und Kanalbauten zu verwenden.

#### § 2

#### Förderung von Wasser- und Kanalbauten

(1) Die Förderung von Vorhaben im Sinn des § 1 Abs. 2 erfolgt durch die Gewährung von Darlehen.

(2) Die Gewährung der Förderung obliegt der Landesregierung. Die Förderabwicklung erfolgt durch den Landeskulturfonds.

(3) Förderwerber können Gemeinden und Gemeindeverbände sein.

#### § 3

#### Obergrenzen, Zinssatz, Laufzeit

(1) Der Wasserleitungs- und Kanalbau einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes wird mit einem Betrag im Ausmaß von 75 v.H. der jährlichen Baukosten gefördert. Die förderbaren Baukosten sind dabei mit 100.000,- Euro pro Jahr und Bauvorhaben begrenzt.

(2) Der Zinssatz eines Darlehens des Wasserleitungsfonds beträgt 1 v.H. p.a.

(3) Die Laufzeit eines Darlehens des Wasserleitungsfonds beträgt zehn Jahre.

#### § 4

#### Mindestgebühr

(1) Ein Darlehen wird nur dann gewährt, wenn die Gemeinde oder der Gemeindeverband eine Mindestgebühr erhebt, die im Fall der Förderung des Baus

a) einer Wasserleitung 0,40 Euro und

b) eines Kanals 2,048 Euro

pro m<sup>3</sup> Wasser (jeweils brutto inkl. Umsatzsteuer) beträgt.

(2) Die Mindestgebühr nach Abs. 1 wird mit 1. Jänner eines jeden Jahres nach dem Verbraucherpreisindex 1986 (VPI 86) angepasst, wobei der Anpassung der jeweiligen September-Indexwert des Vorjahres zugrunde zu legen ist.

(3) Die nach Abs. 2 angepassten neuen Mindestgebühren für das Folgejahr werden jeweils rechtzeitig im Merkblatt der Gemeinden Tirols bekannt gegeben.

#### § 5

#### Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit 1. Jänner 2013 in Kraft.“

# 62.

## Gemeinde-Haushaltsverordnung 2012

Mit 12. Oktober 2012 ist die Verordnung der Landesregierung vom 25. September 2012 über die Führung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden und Gemeindeverbände, LGBL. Nr. 113/2012 (im Folgenden kurz: Gemeinde-Haushaltsverordnung 2012), in Kraft getreten. Sie ersetzt die bis dorthin in Geltung stehende Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001, LGBL. Nr. 99/2001, zuletzt geändert durch die Verordnung LGBL. Nr. 22/2007. Die Neuregelung trägt insbesondere dem Umstand Rechnung, dass es seit Erlassung der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001 zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Ausgestaltung von Buchhaltungsprozessen gekommen ist und zur technischen Abwicklung dieser Prozesse mittlerweile weitgehend vollelektronische Systeme zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass § 105 Abs. 2 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 i. d. F. der Novelle LGBL. Nr. 11/2012 im Zusammenhang mit Zahlungsanordnungen nunmehr vorsieht, dass die eigenhändige Bestätigung bzw. Unterfertigung mit vollem Namenszug unter bestimmten Voraussetzungen entfallen kann. Konkret müssen hierfür die technisch-organisatorischen Anforderungen in der jeweiligen Gemeinde erfüllt sein, um die Identität des anordnungsbefugten Organs sowie die Authentizität der Genehmigung im Sinn des § 2 Z. 1 und 5 des E-Government-Gesetzes, BGBl. I Nr. 10/2004, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 111/2010, sicher feststellen zu können. Die angesprochenen technisch-organisatorischen Anforderungen für die Zulässigkeit der elektronischen Fertigung hat die Landesregierung durch Verordnung näher zu regeln, was eine Ergänzung des bestehenden Regelwerkes auch in diesem Punkt erforderlich machte. Nicht zuletzt haben in der – aufgrund der umfassenden Änderungen – gänzlich neu gefassten Gemeinde-Haushaltsverordnung 2012 entsprechende Verbesserungsvorschläge aus der Vollzugspraxis Berücksichtigung gefunden.

In der Folge soll ein kurzer Überblick über jene Regelungsinhalte, die sich inhaltlich wesentlich von der bisher geltenden Rechtslage unterscheiden, gegeben werden:

### **Aufgaben der Finanzverwaltung (§ 2):**

Die bisher in den lit. c und d enthaltenen Aufgabenbeschreibungen wurden aus systematischen Gründen in einer Bestimmung (lit. c) zusammengefasst. Aufgrund

der zunehmenden Bedeutung und des nicht unerheblichen Aufwandes für die Bearbeitung von „Darlehensverträgen, Haftungsübernahmen und Leasingverträgen“ ist der Aufgabenkatalog in diesem Punkt entsprechend erweitert worden (lit. f).

### **Automationsunterstützte Besorgung von Aufgaben, elektronische Fertigung (§ 3):**

Diese Bestimmung listet jene Bereiche auf, die künftig auch unter Anwendung eines elektronischen Datenverarbeitungsverfahrens erfolgen können.

Dies sind

- die Bestätigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit nach § 4,
- die Abwicklung von Zahlungsanordnungen nach § 5,
- die Durchführung des allgemeinen sowie des elektronischen Zahlungsverkehrs,
- die Führung von Aufzeichnungen nach § 18,
- die Speicherung von Belegen nach § 19,
- die Erstellung von Abschlüssen nach § 20,
- die Aufbewahrung von Unterlagen nach § 21 und
- die Prüfung der Buchungen und Belege nach § 23.

Ergänzend dazu werden in den lit. a bis g des Abs. 1 die technischen Voraussetzungen, die das verwendete elektronische Datenverarbeitungsverfahren erfüllen muss, im Einzelnen geregelt.

### **Sachliche und rechnerische Richtigkeit (§ 4):**

Neu ist, dass die im Zusammenhang mit der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit zu treffenden Maßnahmen aus Gründen der Übersichtlichkeit in einer eigenen Bestimmung zusammengefasst sind.

### **Zahlungsanordnungen (§ 5):**

Ersatzlos gestrichen wurden die Bestimmungen über den Durchführungsauftrag bei Gehalts- und Entgeltansprüchen (vgl. § 4 der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001). Die verpflichtenden Inhalte von Zahlungsanordnungen werden nunmehr im § 5 aufgezählt, wobei sich die entsprechenden Vorgaben nicht nur auf die Auszahlungs- und Einzahlungsanordnungen beziehen, sondern sämtliche in der Gemeinde (im Gemeindeverband) anfallenden Zahlungsanordnungen betreffen (siehe Abs. 1).

### **Allgemeiner Zahlungsverkehr (§ 6):**

Die bisher im § 5 der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001 enthaltenen Regelungen betreffend den allgemeinen Zahlungsverkehr finden sich nunmehr im § 6.

Entsprechend den aktuellen technisch-organisatorischen Anforderungen wurden bei der Neufassung der Bestimmung zudem geringfügige inhaltliche und begriffliche Änderungen eingearbeitet.

**Zeichnungsbefugnis im bargeldlosen Zahlungsverkehr (§ 7):**

Diese Regelung entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 6 der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001.

**Elektronischer Zahlungsverkehr (§ 8):**

Auch in Bezug auf den elektronischen Zahlungsverkehr wurden gemäß den aktuellen technisch-organisatorischen Anforderungen im Zahlungsverkehr inhaltliche und begriffliche Anpassungen vorgenommen.

**Ein- und Auszahlungsbestätigung (Quittung) im bargeldlosen Zahlungsverkehr (§ 9):**

Hier werden im Wesentlichen die bisher im § 8 enthaltenen Regelungen wiedergegeben. Entfallen ist die Bestimmung über die listenmäßige Erfassung von Beträgen bis zu 10,- Euro; diesbezüglich wurde eine entsprechende Klarstellung im nunmehrigen § 12 Abs. 1 vorgenommen.

**Geldkarten, Debitkarten, Kreditkarten, Schecks und Wechsel (§ 10):**

Die Voraussetzungen für die Verwendung von Geldkarten, Debitkarten, Kreditkarten und Schecks werden nunmehr explizit geregelt. Ebenfalls klargestellt wird, dass die Verwendung von Wechseln als Zahlungsmittel unzulässig ist.

**Geldverwaltungsstellen, Nebenkassen (§ 12):**

Diese Regelungen, die den § 10 der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001 ersetzen, enthalten erstmals detaillierte Vorgaben in Bezug auf die Zulässigkeit der Führung von Hand- und Nebenkassen und konkretisieren damit die diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben des § 103 Abs. 2 der Tiroler Gemeindeordnung 2001.

**Führung von Aufzeichnungen (§ 18):**

Aufgrund der aktuellen technisch-organisatorischen Anforderungen wurden hier wiederum inhaltliche und begriffliche Änderungen vorgenommen.

**Belege (§ 19):**

Aufgrund von in der Praxis gesammelten Vollzugserfahrungen wurden in der Bestimmung über die Belege (bisheriger § 17 der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001) inhaltlich detailliertere Beschreibungen vorgenommen und Abläufe konkretisiert. Des Weiteren wurden auf den Einsatz elektronischer Datenträger zurückgehende Änderungen aufgenommen (vgl. diesbezüglich auch § 3), sodass elektronisch eingebrachte Belege nunmehr auch elektronisch archiviert werden können. Für den Fall, dass Belege auf physischem Weg bei der Gemeinde einlangen und anschließend eingescannt werden, ist die elektronische Archivierung unter den Voraussetzungen des § 21 Abs. 3 zulässig.

**Tages- und Monatsabschluss, Jahresabschluss (§ 20):**

Mit diesen Bestimmungen werden die Inhalte des bisherigen § 18 wiedergegeben. Durch geringfügige Änderungen soll eine zeitgemäße Abwicklung der für die Erstellung dieser Abschlüsse erforderlichen Arbeiten ermöglicht werden.

**Aufbewahrung der zur Buchhaltungsführung notwendigen Unterlagen, Aufbewahrungsfristen (§ 21):**

Mit dieser Bestimmung wird die Aufbewahrung von Abschlüssen, Büchern und Belegen unter Bedachtnahme auf die aktuellen technischen Möglichkeiten neu geregelt. Darüber hinaus sieht die Neuregelung eine Frist für die Aufbewahrung von physischen Belegen im Fall einer elektronischen Speicherung vor.

Inhaltlich weitgehend unverändert geblieben sind die §§ 14 bis 17 und 22 bis 29; diese Bestimmungen entsprechen im Wesentlichen den §§ 12 bis 15 und 19 bis 26 der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001.

## 63.

### Verlängerung der Schwellenwertverordnung 2012

Im Rahmen der Regierungsklausur am 9. November in Laxenburg wurde die Geltungsdauer der Schwellenwertverordnung 2012, BGBl. II Nr. 95, bis zum 31.12.2013 verlängert (die Kundmachung im BGBl. ist

noch ausständig). Im Übrigen haben die in diesem Zusammenhang im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Juni 2009, Nr. 22, dargelegten Ausführungen weiterhin Gültigkeit.

## 64.

### Bezüge der Bürgermeister, Bürgermeister-Stellvertreter und Gemeinderäte ab 1. Jänner 2013

Die Bezüge der Gemeindemandatäre werden mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2013 erhöht.

Nach § 2 des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998, LGBL. Nr. 25, in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 61/2012, richtet sich die Anpassung des Ausgangsbetrages nach § 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch das Bundesverfassungsgesetz BGBl. I Nr. 121/2011.

Der Präsident des Rechnungshofes hat gemäß § 3 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre in dem am 5. Dezember 2012 erschienenen „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ Rechnungshof GZ: 105.500/667-5A4/12, den Anpassungsfaktor mit 1,028 ermittelt und kundgemacht.

Durch diese Erhöhung ergibt sich ein um den Anpassungsfaktor erhöhter Ausgangsbetrag für 2013 von 8.804,59 Euro.

#### Bezüge der BürgermeisterInnen, die neben dieser Funktion kein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:

Tabelle 1 (neu)

Einwohner	Bezug in %	Bezug lt. § 3 Abs. 2 Tiroler Gemeindebezüge- gesetz in EUR	Bezug lt. § 18 Tiroler Gemeindebezüge- gesetz in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.092,00	1.901,82
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.673,10	2.430,09
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.486,60	3.169,64
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.048,40	3.680,36
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.687,60	4.261,45
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.220,20	4.745,64
über 10.000 EW	65,34%	5.752,90	5.229,91
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.263,80	6.603,45

Tabelle 1.1 (neu)

Variante 1: Öff.-Re. Bed. OHNE Pensionskasse		
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.092,00
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.673,10
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.486,60
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.048,40
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.687,60
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.220,20
über 10.000 EW	65,34%	5.752,90
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.263,80

Tabelle 1.2 (neu)

Variante 2: Öff.-Re. Bed. MIT Pensionskasse (§ 18)* (Bezugskürzung 10/11)				
Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.092,00	190,18	1.901,82
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.673,10	243,01	2.430,09
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.486,60	316,96	3.169,64
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.048,40	368,04	3.680,36
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.687,60	426,15	4.261,45
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.220,20	474,56	4.745,64
über 10.000 EW	65,34%	5.752,90	522,99	5.229,91
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.263,80	660,35	6.603,45

Tabelle 1.3 (neu)

Variante 3: NICHT Öff.-Re. Bed. OHNE Pensionskasse, MIT Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)**					
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.092,00	245,81	1.846,19	231,17
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.673,10	314,09	2.359,01	295,38
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.486,60	409,68	3.076,92	385,27
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.048,40	475,69	3.572,71	447,35
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.687,60	521,70	4.165,90	490,62
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.220,20	521,70	4.698,50	490,62
über 10.000 EW	65,34%	5.752,90	521,70	5.231,20	490,62
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.263,80	521,70	6.742,10	490,62

Tabelle 1.4 (neu)

Variante 4: NICHT Öff.-Re. Bed. MIT Pensionskasse (§ 18)* und Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)** (Bezugskürzung 10/11)								
Einwohner	Bezug in %	BMGL	Pensionskasse		PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg.		Gemeindebeitrag in EUR
			in EUR	in EUR		in EUR	in EUR	
bis 500 EW	23,76%	2.092,00	190,18	1.901,82	223,46	1.678,36	210,15	
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.673,10	243,01	2.430,09	285,54	2.144,55	268,52	
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.486,60	316,96	3.169,64	372,43	2.797,21	350,25	
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.048,40	368,04	3.680,36	432,45	3.247,91	406,68	
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.687,60	426,15	4.261,45	500,73	3.760,72	470,89	
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.220,20	474,56	4.745,64	521,70	4.223,94	490,62	
über 10.000 EW	65,34%	5.752,90	522,99	5.229,91	521,70	4.708,21	490,62	
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.263,80	660,35	6.603,45	521,70	6.081,75	490,62	

**Bezüge der BürgermeisterInnen, die am 14. März 1998  
eine zwölfjährige Amtszeit aufwiesen (§ 23 des Gemeinde-Bezügegesetzes)  
und kein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

Tabelle 3 (neu)

Bezug für BürgermeisterInnen gem. § 3 Abs. 3 des Tiroler Gemeindebezügegesetzes, die schon 1998 zwölf Jahre im Amt waren (§ 23 Gemeindebezügegesetz)							
Einwohner	Bezug lt. Tiroler Gemeinde- bezügegesetz 1998		fiktiver Bezug lt. Gemeinde- bezügegesetz (=BMGL) in EUR		Pensionsbeitrag* 12,55 % d. BMGL. in EUR	Bezug - Pensionsbeitrag in EUR	Gemeindeleistung nach § 17 Gemeinde- bezügegesetz in EUR
	Bezug in %	Bezug in EUR	in %	A/VII/7			
bis 500 EW	23,76%	2.092,00	30,00%	1.332,00	167,17	1.924,83	167,17
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.673,10	40,00%	1.776,00	222,89	2.450,21	222,89
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.486,60	55,00%	2.442,10	306,48	3.180,12	306,48
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.048,40	70,00%	3.108,10	390,07	3.658,33	390,07
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.687,60	80,00%	3.552,10	445,79	4.241,81	445,79
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.220,20	90,00%	3.996,10	501,51	4.718,69	501,51
über 10.000 EW	65,34%	5.752,90	100,00%	4.440,10	557,23	5.195,67	557,23

**Bezüge der BürgermeisterInnen, die neben dieser Funktion  
ein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

Tabelle 1

Einwohner	Bezug in %	Bezug lt. § 3 Abs. 3 Tiroler Gemeindebezüge- gesetz in EUR	Bezug lt. § 18 Tiroler Gemeindebezüge- gesetz in EUR
bis 500 EW	19,80%	1.743,30	1.584,82
501 bis 1.000 EW	25,30%	2.227,60	2.025,09
1.001 bis 2.000 EW	33,00%	2.905,50	2.641,36
2.001 bis 5.000 EW	41,80%	3.680,30	3.345,73
5.001 bis 8.000 EW	48,40%	4.261,40	3.874,00
8.001 bis 10.000 EW	53,90%	4.745,70	4.314,27
über 10.000 EW	59,40%	5.229,90	4.754,45
bzw. § 3 (3) letzter Satz	75,00%	6.603,40	6.003,09

Tabelle 1.1

Variante 1: Öff.-Re. Bed. OHNE Pensionskasse		
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	19,80%	1.743,30
501 bis 1.000 EW	25,30%	2.227,60
1.001 bis 2.000 EW	33,00%	2.905,50
2.001 bis 5.000 EW	41,80%	3.680,30
5.001 bis 8.000 EW	48,40%	4.261,40
8.001 bis 10.000 EW	53,90%	4.745,70
über 10.000 EW	59,40%	5.229,90
bzw. § 3 (3) letzter Satz	75,00%	6.603,40

Tabelle 1.2

Variante 2: Öff.-Re. Bed. MIT Pensionskasse (§ 18)* (Bezugskürzung 10/11)				
Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR
bis 500 EW	19,80%	1.743,30	158,48	1.584,82
501 bis 1.000 EW	25,30%	2.227,60	202,51	2.025,09
1.001 bis 2.000 EW	33,00%	2.905,50	264,14	2.641,36
2.001 bis 5.000 EW	41,80%	3.680,30	334,57	3.345,73
5.001 bis 8.000 EW	48,40%	4.261,40	387,40	3.874,00
8.001 bis 10.000 EW	53,90%	4.745,70	431,43	4.314,27
über 10.000 EW	59,40%	5.229,90	475,45	4.754,45
bzw. § 3 (3) letzter Satz	75,00%	6.603,40	600,31	6.003,09

Tabelle 1.3

Variante 3: NICHT Öff.-Re. Bed. OHNE Pensionskasse, MIT Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)**					
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	19,80%	1.743,30	204,84	1.538,46	192,63
501 bis 1.000 EW	25,30%	2.227,60	261,74	1.965,86	246,15
1.001 bis 2.000 EW	33,00%	2.905,50	341,40	2.564,10	321,06
2.001 bis 5.000 EW	41,80%	3.680,30	432,44	3.247,86	406,67
5.001 bis 8.000 EW	48,40%	4.261,40	500,71	3.760,69	470,88
8.001 bis 10.000 EW	53,90%	4.745,70	521,70	4.224,00	490,62
über 10.000 EW	59,40%	5.229,90	521,70	4.708,20	490,62
bzw. § 3 (3) letzter Satz	75,00%	6.603,40	521,70	6.081,70	490,62

Tabelle 1.4

Variante 4: NICHT Öff.-Re. Bed. MIT Pensionskasse (§ 18)* und Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)** (Bezugskürzung 10/11)							
Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	19,80%	1.743,30	158,48	1.584,82	186,21	1.398,61	175,12
501 bis 1.000 EW	25,30%	2.227,60	202,51	2.025,09	237,95	1.787,14	223,77
1.001 bis 2.000 EW	33,00%	2.905,50	264,14	2.641,36	310,36	2.331,00	291,87
2.001 bis 5.000 EW	41,80%	3.680,30	334,57	3.345,73	393,12	2.952,61	369,70
5.001 bis 8.000 EW	48,40%	4.261,40	387,40	3.874,00	455,20	3.418,80	428,08
8.001 bis 10.000 EW	53,90%	4.745,70	431,43	4.314,27	506,93	3.807,34	476,73
über 10.000 EW	59,40%	5.229,90	475,45	4.754,45	521,70	4.232,75	490,62
bzw. § 3 (3) letzter Satz	75,00%	6.603,40	600,31	6.003,09	521,70	5.481,39	490,62

**Bezüge der BürgermeisterInnen, die am 14. März 1998  
eine zwölfjährige Amtszeit aufwiesen (§ 23 des Gemeinde-Bezügegesetzes)  
und kein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

Tabelle 3

Bezug für BürgermeisterInnen gem. § 3 Abs. 3 des Tiroler Gemeindebezügegesetzes, die schon 1998 zwölf Jahre im Amt waren (§ 23 Gemeindebezügegesetz)							
Einwohner	Bezug lt. Tiroler Gemeindebezügegesetz 1998		fiktiver Bezug lt. Gemeindebezügegesetz (=BMGL) in EUR		Pensionsbeitrag* 12,55 % d. BMGL. in EUR	Bezug - Pensionsbeitrag in EUR	Gemeindeleistung nach § 17 Gemeindebezügegesetz in EUR
	Bezug in %	Bezug in EUR	in %	A/VII/7			
bis 500 EW	19,80%	1.743,30	30,00%	1.332,00	167,17	1.576,13	167,17
501 bis 1.000 EW	25,30%	2.227,60	40,00%	1.776,00	222,89	2.004,71	222,89
1.001 bis 2.000 EW	33,00%	2.905,50	55,00%	2.442,10	306,48	2.599,02	306,48
2.001 bis 5.000 EW	41,80%	3.680,30	70,00%	3.108,10	390,07	3.290,23	390,07
5.001 bis 8.000 EW	48,40%	4.261,40	80,00%	3.552,10	445,79	3.815,61	445,79
8.001 bis 10.000 EW	53,90%	4.745,70	90,00%	3.996,10	501,51	4.244,19	501,51
über 10.000 EW	59,40%	5.229,90	100,00%	4.440,10	557,23	4.672,67	557,23

Die Bezüge der Bürgermeister-StellvertreterInnen und der Gemeinderatsmitglieder, denen bestimmte Aufgaben, die eine erhöhte Verantwortung und einen erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand erfordern, zur Besorgung übertragen wurden, betragen ab 1. Jänner 2013:

Tabelle 2

Einwohner	BürgermeisterInnen-StellvertreterInnen				GemeinderätInnen	
	Bezug		mit besonderen Aufgaben		mit besonderen Aufgaben	
	Bezug in %	Bezug in EUR	Bezug in %	Bezug in EUR	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	3,60%	317,00	9,00%	792,40	5,40%	475,40
501 bis 1.000 EW	4,60%	405,00	11,50%	1.012,50	6,90%	607,50
1.001 bis 2.000 EW	6,00%	528,30	15,00%	1.320,70	9,00%	792,40
2.001 bis 5.000 EW	7,60%	669,10	19,00%	1.672,90	11,40%	1.003,70
5.001 bis 8.000 EW	8,80%	774,80	22,00%	1.937,00	13,20%	1.162,20
8.001 bis 10.000 EW	9,80%	862,80	24,50%	2.157,10	14,70%	1.294,30
über 10.000 EW	10,80%	950,90	27,00%	2.377,20	16,20%	1.426,30

Abschließend wird noch an § 4 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (Höchstzahl der Bezüge und Ruhebezüge) erinnert, wonach Personen mit Anspruch auf Bezug oder Ruhebezug nach den bezügerechtlichen Regelungen des Bundes oder der Länder insgesamt höchstens zwei Bezüge oder Ruhebezüge von Rechtsträgern beziehen dürfen, die – wie Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Ausgliederungen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Gesellschaften mit beschränkter Haftung & Co KG oder Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung & CO KEG oder Kommanditerwerbsgesellschaften und dergleichen – der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen. Abweichend dürfen nur Funktionäre von Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern einen weiteren Bezug monatlich bis zur Höhe von 4% des Ausgangsbetrages, das sind 352,18 Euro, beziehen. Bestehen Ansprüche auf mehr als zwei solcher Bezüge oder Ruhebezüge, sind alle bis auf die zwei höchsten Bezüge oder

Ruhebezüge stillzulegen (siehe auch die diesbezüglichen Ausführungen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, September 1999, Nr. 58 und 59).

Hinsichtlich der aus der Novelle zum Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998, LGBI. Nr. 61/2012, resultierenden Änderungen (die Möglichkeit der Bezugsfortzahlung für Bürgermeister bei Beendigung der Funktionsausübung unter ganz bestimmten Voraussetzungen, die monatliche Überweisung des Anrechnungsbetrages an den zuständigen Pensionsversicherungsträger, und die Möglichkeit des Anspruchsberechtigten auf Geldleistungen nach dem Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998 ganz oder teilweise verzichten zu können, wenn ihm durch die Annahme von Geldleistungen unter Berücksichtigung seiner sonstigen Einkünfte und Ansprüche von Gesetzes wegen nachweislich ein finanzieller Nachteil erwachsen würde), wird auf die Ausführungen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Mai 2012, Nr. 27, hingewiesen.



## 65.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Dezember 2012

Ertragsanteile an	Dezember		Änderung	
	2011	2012	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	1.899.228	1.982.454	83.226	4,38
Lohnsteuer	16.654.431	17.441.311	786.880	4,72
Kapitalertragsteuer	1.235.628	618.311	-617.317	-49,96
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.040.031	1.017.132	-22.899	-2,20
Körperschaftsteuer	7.555.608	9.011.712	1.456.104	19,27
Erbschafts- und Schenkungssteuer	23.940	17.273	-6.668	-27,85
Stiftungseingangssteuer	30.066	18.590	-11.476	-38,17
Bodenwertabgabe	3.230	-4.111	-7.341	-227,27
Stabilitätsabgabe	193.482	149.380	-44.101	-22,79
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>28.635.645</b>	<b>30.252.053</b>	<b>1.616.409</b>	<b>5,64</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	17.458.451	17.629.325	170.874	0,98
Abgabe von alkoholischen Getränken	16	129	113	689,75
Tabaksteuer	6.549	1.416.014	1.409.466	21522,87
Biersteuer	164.097	172.540	8.442	5,14
Mineralölsteuer	3.634.445	3.625.948	-8.497	-0,23
Alkoholsteuer	105.768	95.070	-10.698	-10,11
Schaumweinsteuer	711	996	286	40,20
Kapitalverkehrssteuern	54.168	88.204	34.035	62,83
Werbeabgabe	211.701	205.436	-6.265	-2,96
Energieabgabe	477.174	740.780	263.606	55,24
Normverbrauchsabgabe	336.055	364.773	28.718	8,55
Flugabgabe	78.713	89.734	11.021	14,00
Grunderwerbsteuer	5.871.989	6.359.758	487.769	8,31
Versicherungssteuer	851.895	705.778	-146.117	-17,15
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.052.179	1.307.744	255.565	24,29
KFZ-Steuer	-3.607	-7.694	-4.087	113,33
Konzessionsabgabe	229.171	276.778	47.607	20,77
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>30.529.477</b>	<b>33.071.315</b>	<b>2.541.838</b>	<b>8,33</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	0	-879.083	-879.083	100,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>30.529.477</b>	<b>32.192.231</b>	<b>1.662.754</b>	<b>5,45</b>
Kunstförderungsbeitrag	40.560	42.241	1.681	0,00
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden</b>	<b>59.205.682</b>	<b>62.486.526</b>	<b>3.280.843</b>	<b>5,54</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.737.222	4.781.994	44.772	0,95
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	0	0	0	0,00

## 66.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Dezember 2012

Ertragsanteile an	Jänner - Dezember		Änderung	
	2011	2012	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	35.940.344	34.303.217	-1.637.127	-4,56
Lohnsteuer	199.635.621	215.779.622	16.144.001	8,09
Kapitalertragsteuer	13.100.236	12.149.243	-950.993	-7,26
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.389.650	6.430.831	41.181	0,64
Körperschaftsteuer	50.637.322	50.696.336	59.014	0,12
Erbschafts- und Schenkungssteuer	326.813	227.197	-99.617	-30,48
Stiftungseingangssteuer	154.853	114.240	-40.613	-26,23
Bodenwertabgabe	634.296	627.013	-7.282	-1,15
Stabilitätsabgabe	3.917.666	5.075.457	1.157.792	29,55
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>310.736.800</b>	<b>325.403.155</b>	<b>14.666.355</b>	<b>4,72</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>	0	0		
Umsatzsteuer *)	217.702.755	226.938.476	9.235.720	4,24
Abgabe von alkoholischen Getränken	816	412	-404	-49,54
Tabaksteuer	13.314.575	14.185.341	870.766	6,54
Biersteuer	1.846.503	1.887.283	40.780	2,21
Mineralölsteuer	40.238.355	40.374.952	136.597	0,34
Alkoholsteuer	1.274.677	1.278.002	3.325	0,26
Schaumweinsteuer	11.591	11.704	112	0,97
Kapitalverkehrssteuern	720.625	840.147	119.523	16,59
Werbeabgabe	3.930.199	3.858.097	-72.103	-1,83
Energieabgabe	7.203.447	8.242.203	1.038.757	14,42
Normverbrauchsabgabe	4.539.909	4.979.066	439.157	9,67
Flugabgabe	391.135	1.020.499	629.364	160,91
Grunderwerbsteuer	77.335.294	89.146.761	11.811.467	15,27
Versicherungssteuer	10.001.796	10.203.393	201.598	2,02
Motorbezogene Versicherungssteuer	14.865.098	15.077.904	212.805	1,43
KFZ-Steuer	465.465	316.740	-148.725	-31,95
Konzessionsabgabe	2.478.340	2.555.041	76.701	3,09
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>396.320.580</b>	<b>420.916.019</b>	<b>24.595.440</b>	<b>6,21</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	0	-10.549.000	-10.549.000	100,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>396.320.580</b>	<b>410.367.020</b>	<b>14.046.440</b>	<b>3,54</b>
Kunstförderungsbeitrag	160.999	168.302	7.303	4,54
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>707.218.379</b>	<b>735.938.478</b>	<b>28.720.099</b>	<b>4,06</b>
Zwischenabrechnung **)	2.642.628	7.345.569	4.702.941	177,96
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>709.861.007</b>	<b>743.284.047</b>	<b>33.423.040</b>	<b>4,71</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	58.498.122	61.113.054	2.614.932	4,47
Getränkesteuerausgleich **)	264.075	451.976	187.901	71,15
Summe Getränketeuerausgleich	58.762.197	61.565.030	2.802.833	4,77
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	3.010.016	3.010.016	0	0,00

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR OKTOBER 2012

(vorläufiges Ergebnis)

	September 2012 (endgültig)	Oktober 2012 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	106,7	106,9
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	116,8	117,1
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	129,2	129,5
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	135,9	136,2
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	177,8	178,1
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	276,4	276,9
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	485,0	485,9
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	617,9	619,1
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	619,9	621,1

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2012 beträgt 106,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für September 2012 um 0,2% gestiegen (September 2012 gegenüber August 2012: 0,9%). Gegenüber Oktober 2011 ergibt sich eine Steigerung um 2,8% (September 2011/2011: 2,7%).

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370  
[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck